

*Jelena Jojević*

## Nachholende Europäisierung? Reaktionen und Strategien der IG Metall gegenüber der Montanunion in den 1950er Jahren

Vertragsrechtlich betrachtet stellt die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) den ersten Schritt zur europäischen Integration dar. Als supranationales Gebilde entzog sie den nationalen Regierungen die Kontrolle über die Kohle- und Stahlindustrie und unterstellte sie der Gemeinschaft. Mit der Integration eines zentralen Wirtschaftssektors sowie der damit einhergehenden politischen Einigung Europas wurden die Grundlagen der heutigen Europäischen Union gelegt.

Die Überführung des Eisen- und Stahlmarkts in supranationale Strukturen berührte unmittelbar die Interessenlage der IG Metall als Vertreterin der Arbeitnehmerschaft dieser Industrien. Nach einer zu Beginn der Verhandlungen über den Schuman-Plan im Juni 1950 noch ambivalenten Haltung kam die größte Einzelgewerkschaft Deutschlands spätestens nach der Vorlage des Vertragsentwurfs zur Schaffung der EGKS im Mai 1951 zu dem Schluss, diesem „unter keinen Umständen“ zuzustimmen,<sup>1</sup> womit sich die IG Metall sowohl innerhalb der nationalen als auch der internationalen Gewerkschaftsbewegung in eine Absichtsposition manövrierte. Nach der Ratifizierung des EGKS Vertrags in Deutschland sah sie sich „überstimmt“, da ihre Bedingungen „nur zu einem geringen Teil“ erfüllt worden waren.<sup>2</sup>

Blickt man allerdings in das Jahr 1957, als mit den Römischen Verträgen der nächste Vertragsschritt zur Vertiefung der europäischen Integration in die Wege geleitet wurde, erscheint diese Haltung deutlich modifiziert. Man sieht die IG Metall nicht nur personell in allen, den Gewerkschaften zugänglichen Gremien der Montanunion repräsentiert, sondern auch die Anschauung vertreten, dass „die Tätigkeit der EGKS zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen beigetragen“ habe.<sup>3</sup> Aus dieser Wahrnehmung wurde seitens der IG Metall das Eintreten für eine stärkere wirtschaftliche und politische Integration Europas abgeleitet.<sup>4</sup> Was aber hat in der vergleichsweise kurzen Zeitspanne einen derart deutlichen Stimmungsumschwung in der IG Metall bewirkt? Und wie hat sich dieser Positionswandel vollzogen? Diese beiden Fragen stehen im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags, der sich mit dem Wandel der europapolitischen Haltung der IG Metall in den 1950er Jahren befasst und darlegt, wie die Gewerkschaft auf die neuen Herausforderungen im Rahmen der Montanunion reagiert hat.

1 Sitzung des Beirats der IG Metall vom 10./11. Mai 1951, abgedr. in: Walter Dörrich/Klaus Schönhoven (Bearb.): Die Industriegewerkschaft Metall in der frühen Bundesrepublik 1950–1956 (= Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 10), Köln 1991, S. 133–137, hier S. 134.

2 Der Weg nach Europa?, in: METALL, 4. Jg., Nr. 20 vom 1. Oktober 1952.

3 Geschäftsbericht 1956/57 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1956, S. 136.

4 Vgl. das Referat Deists, in: Protokoll des 3. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall, S. 185.

Gemeinhin wird angenommen, nationale Akteure wären durch die Verlagerung ihrer Interessengebiete auf die europäische Ebene gezwungen gewesen, sich auf diese auszurichten, um nicht an Einfluss zu verlieren. Entsprechend einer solchen Deutung des in jüngster Zeit eingehender erörterten Konzepts der Europäisierung führt die Entstehung neuer Elemente politischen Handelns auf europäischer Ebene zu einer Reorientierung der Handlungslogik nationaler Akteure.<sup>5</sup> Die IG Metall scheint genau diesen Prozess durchlaufen zu haben – in den vier Jahren nach Errichtung der Montanunion stellte sie sich trotz ihrer anfänglich skeptisch bis ablehnenden Haltung als europapolitischer Akteur auf.

Um die Aktivitäten der IG Metall in den Anfangsjahren der europäischen Integration eingehender zu beleuchten, bedürfte es quellengestützter Untersuchungen zu ihrer Entwicklung in europäischer Perspektive, die allerdings nicht vorliegen. Dass Gewerkschaften in der europäischen Integrationsforschung eher stiefmütterlich behandelt wurden, ist bekannt – die reichhaltige Literaturlage zur Montanunion stellt hier keine Ausnahme dar.<sup>6</sup> Trifft diese Beobachtung auf die europäische Gewerkschaftsbewegung im Allgemeinen zu, gilt sie hinsichtlich der nationalen Industriegewerkschaften erst recht.<sup>7</sup> Untersuchungen, in denen die Themenfelder Gewerkschaftshistoriografie und europäische Einigung stärker aufeinander bezogen werden, sind rar. Die Arbeit von Jörg Rumpf liefert zwar einen Überblick über die Europapolitik der IG Metall und der IG CPK in den 1950er Jahren, legt allerdings ihren Schwerpunkt auf die EWG.<sup>8</sup> Mit der Studie von Bernd Bühlbäcker konnten neue Erkenntnisse über die Personalpolitik deutscher Gewerkschaften gewonnen werden. Dabei steht

- 5 Claudio Radaelli definiert Europäisierung aus politikwissenschaftlicher Sicht als einen Prozess der Konstruktion, Diffusion und Institutionalisierung von Regeln, Normen, Paradigmen, Prozeduren etc., „which are first defined and consolidated in the EU policy process and then incorporated in the logic of domestic discourse, identities, political structures and public policy“, vgl. Claudio Radaelli: *Europeanisation: Solution or Problem?*, in: *European Integration Online Papers* 8 (2004), S. 8–16. Aufbauend darauf deuten Barbara Finke und Michele Knodt Europäisierung als „Ausweitung des Aktivitätshorizontes zivilgesellschaftlicher Akteure auf die EU“, vgl. Barbara Finke/Michele Knodt: *Einleitung: Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftliche Akteure in der Europäischen Union*, in: dies. (Hg.): *Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien*, Wiesbaden 2005, S. 11–31, hier S. 21.
- 6 Vgl. zur Montanunion: John Gillingham: *Coal, Steel and the Rebirth of Europe 1945–1955. The Germans and the French from Ruhr Conflict to Economic Community*, Cambridge 1991; Ulrich Lappenküper: *Der Schuman-Plan*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 3 (1994), S. 402–445; Ernst B. Haas: *The Uniting of Europe. Political, Social and Economical Forces 1950–1957*, London 1958; Matthias Kipping: *Zwischen Kartellen und Konkurrenz. Der Schuman-Plan und die Ursprünge der Europäischen Einigung 1944–1952*, Berlin 1996; Werner Bühner: *Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952*, München 1986; Dirk Spierenburg/Raymond Poidevin: *The History of the High Authority of the European Coal and Steel Community*, London 1994.
- 7 Vgl. zur Historiographie über die deutschen Gewerkschaften Stefan Remeke: *Doch nur ein Strohhalm?* Von der „kurzen“ Geschichtsschreibung über die deutschen Gewerkschaften – ein Zwischenruf, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen. Forschungen und Forschungsberichte* 36 (2007), S. 105–114; vgl. zur Geschichte deutscher Gewerkschaften nach 1945 grundlegend Michael Schneider: *Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute*, Bonn 1989.
- 8 Jörg Rumpf: *Deutsche Industriegewerkschaften und Europäische Gemeinschaften. Die Europapolitik der Industriegewerkschaft Metall und der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik im Zeitraum*

allerdings der DGB ebenso im Mittelpunkt wie in den älteren Arbeiten von Hans-Erich Volkmann und Horst Thum.<sup>9</sup> Lediglich Ernst-Dieter Köpper geht in seiner noch aus den 1970er Jahren stammenden Arbeit näher auf die IG Metall ein, doch tritt letztlich auch hier eine systematische Darstellung zu Gunsten des DGB zurück.<sup>10</sup> Allein der Aufsatz von Karl Lauschke in diesem Heft dokumentiert bisher die durch zahlreiche Ambivalenzen in der Entstehungsphase der Montanunion geprägte Sonderrolle der IG Metall, die auch den Ausgangspunkt der nachfolgenden Darstellung bildet.

Quellen zur Entwicklung der IG Metall in den 1950er Jahren liegen zwar gesammelt in gedruckter Form vor,<sup>11</sup> doch orientiert sich deren Auswahl eher an nationalen Gesichtspunkten, so dass für eine Rekonstruktion der Gewerkschaft in europäischer Perspektive Akten aus dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich Ebert Stiftung hinzugezogen werden müssen. Dieses beherbergt seit 1998 das historische Archiv der IG Metall, dessen Bestände sehr gut erschlossen sind.<sup>12</sup> Dennoch ergab sich bei dem Teilbestand mit den für diese Arbeit einschlägigsten Dokumenten (Abteilungen/ehem. Bestand 1–2) die Schwierigkeit, dass es sich um Archivgut handelt, welches von einem ehemaligen Archivmitarbeiter der IG Metall auf Grundlage der Abteilungsstruktur der 1970er Jahre aufgeteilt und in sachthematischen Gruppen neu zusammengeführt wurde. Damit wurden die ursprünglichen Provenienzen zerstört und sind nicht mehr rekonstruierbar. Mehrere Schriftstücke, die für das Thema dieser Studie von Relevanz sind, lassen sich keinem Entstehungszusammenhang zuordnen und können daher nicht genutzt werden. Demgegenüber sind die Akten der Beschlussfassenden Organe und Gremien lückenlos überliefert. Wenn hier Fragen offen bleiben, so liegt das allenfalls an dem Umstand, dass die Vorstandssitzungen in der Regel nur in kurzen Ergebnisprotokollen dokumentiert wurden. Insgesamt liegen im IG-Metall-Archiv neben den Akten der Beschlussfassenden Organe und Gremien allein für den Zeitraum 1950–1957 circa 100, im Hinblick auf Europa einschlägige Akten. Diese beinhalten in erster Linie europapolitische Korrespondenz und Informationsmaterialien, zugleich dokumentieren sie die Sitzungen der Gremien der Montanunion, jene des Verbindungsbüros in Luxemburg sowie die internationalen Gewerkschaftskontakte im Allgemeinen. Für den vorliegenden Beitrag wurde nur ein Teil des Materials ausgewertet; für eine weitergehende

zwischen dem Inkrafttreten der Römischen Verträge und den Ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament, Diss., Ruhr-Universität Bochum 2001.

- 9 Bernd Bühlbäcker: Europa im Aufbruch. Personal und Personalpolitik deutscher Parteien und Verbände in der Montanunion 1949–1958, Essen 2007; Hans-Erich Volkmann: Der DGB, Adenauer und der Schuman-Plan, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 3 (1996), S. 223–246; Horst Thum: Mitbestimmung in der Montanindustrie. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften, Stuttgart 1982.
- 10 Ernst-Dieter Köpper: Gewerkschaften und Außenpolitik. Die Stellung der Westdeutschen Gewerkschaften zur wirtschaftlichen und militärischen Integration der Bundesrepublik in die Europäische Gemeinschaft und in die NATO, Frankfurt am Main/New York 1982.
- 11 Dörrich/Schönhoven (Bearb.): Die Industriegewerkschaft Metall.
- 12 Vgl. dazu Christine Bobzien: Rostfrei: Überlieferung der IG Metall im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) – Chancen für die historische Forschung heute (Beitrag zur Fachtagung „Arbeitswelten und Arbeitsbeziehungen als Gegenstand historischer Forschung – neue Perspektiven auf die Gewerkschaftsgeschichte“ (vorläufige Fassung), Bonn 8./9. Oktober 2009.

Beschäftigung mit der IG Metall in der Frühphase der europäischen Integration ist ein Rückgriff auf dieses Aktengut allerdings unerlässlich; für eine Beschäftigung mit den Anfängen europäischer Integration aus gewerkschaftlicher Sicht durchaus lohnenswert.

### **(Fehlende) Europapolitik als Resultat nationalen Kalküls**

Die Gründe für eine ablehnende Haltung der IG Metall gegenüber der Montanunion sind vor allem in ihrem Europaverständnis zu Beginn der 1950er Jahre zu suchen, welches die Gewerkschaft – ohne zu wissen wie nah der Vorschlag zur supranationalen Montanunion bevorstand – in einer Erklärung zum 1. Mai 1950 grundsätzlich darlegte:

„Der Maitag 1950 soll uns aber auch Gelegenheit sein, auszusprechen, dass wir unsere bisherigen gewerkschaftlichen Errungenschaften erst dann für gesichert und die Gefahr neuer verheerender Wirtschaftskrisen und Kriege für gebannt halten können, wenn die Einheit Europas endlich zur Realität wird. (...) Westeuropa mit seinen 250 Millionen Menschen steht vor der Entscheidung, seine Grundstoffindustrien in Gemeineigentum der beteiligten Völker zu überführen oder zuzusehen, wie die bisherigen Privateigentümer es erneut gemeinsam in den Abgrund stürzen werden. Der internationalen Gewerkschaftsbewegung fällt gerade auf diesem Gebiet die gewaltige Aufgabe zu, Initiator und Wegbereiter zu sein.“<sup>13</sup>

Eine europäische Einigung hatte sich der IG Metall zufolge nach den Grundsätzen der Wirtschaftsdemokratie und unter maßgeblicher Beteiligung der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu vollziehen. Ziel dieser Politik war eine Überführung der Grundstoffindustrien der europäischen Staaten in Gemeineigentum. Damit bettete die IG Metall ihren nationalen Forderungskatalog in einen europäischen Kontext.<sup>14</sup> Wenn der Schuman-Plan von der IG Metall nach außen hin zunächst befürwortet wurde, so lag das mutmaßlich an dessen politischer Dimension, kam doch die Kontrolle über die Schwerindustrien einer Friedensgarantie gleich.<sup>15</sup> Intern hielt es Walter Freitag für falsch, überhaupt von einem Schuman-Plan zu sprechen, denn „an und für sich gebe es keinen Schuman-Plan, sondern nur eine Anregung der Franzosen, mit den in Betracht kommenden Regierungen in ein wirtschafts-politisches Gespräch zu kommen.“<sup>16</sup> Dass diese Anregung auf eine Schwächung des deutschen Stahlmarkts hinaus lief, wurde dabei stark angenommen.<sup>17</sup>

13 Europa. 1. Mai 1950, in: METALL, 2. Jg., Nr. 9 vom 28. April 1950, S. 1.

14 Geschäftsbericht 1950–1952 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. o. J, S. 8–10.

15 Deutschland-Frankreich-Europa, in: METALL, 2. Jg., Nr. 11 vom 23. Mai 1950, S. 1; vgl. zur politischen Dimension des Schuman-Plans Jürgen Mittag: Kleine Geschichte der Europäischen Union, Münster 2008, S. 74–84; Gillingham: Coal, S. 228–232; Lappenküper: Schuman-Plan, S. 402–410.

16 Protokoll über die Vorstandssitzung der IG Metall vom 21. Juni 1959, in: AdSD, IG Metall-Archiv, Bestand 1 Beschlussfassende Organe und Gremien, Teilbestand Vorstandssitzungen, 5/IGMA020007.

17 Ebd.

Es dürfte allerdings an den Hoffnungen, die man in die Mitbestimmung setzte, gelegen haben, dass sich die IG Metall mit der Skepsis zum Schuman-Plan nach außen hin zunächst zurückhielt. Die Ausweitung und gesetzliche Absicherung der seit 1947 in den entflochtenen Werken unter maßgeblicher Beteiligung der IG Metall praktizierten Montanmitbestimmung wurde damit auch im Hinblick auf die EGKS zur Schlüsselfrage: „Wenn nämlich die europäische Kohle-Stahlunion zustande kommt“, so referierte Wilhelm Langwieler vom IG Metall Zweigbüro in Mülheim, „muss die fortschrittlichste innere Organisation der deutschen Stahlindustrie so stark und überzeugend sein, dass die Eisenindustrie Frankreichs, Belgiens, Luxemburgs gezwungen ist, die gleichen oder mindestens ähnliche Rechte ihren Belegschaften hinsichtlich Mitbestimmung und Mitverantwortung zu geben.“<sup>18</sup> Seitens der IG Metall sah man die Möglichkeit, die neue europäische Gemeinschaft im Sinne des Konzepts der Wirtschaftsdemokratie auszugestalten, indem die deutschen Gewerkschaften als Vorhut und Pioniere die Mitbestimmung in die neue Organisation tragen sollten. Im Umkehrschluss bedeutete dies, dass bei einem Scheitern in der Mitbestimmungsfrage auf nationaler Ebene auch die Montanunion in Frage gestellt werden würde.<sup>19</sup>

Der Zusammenhang zwischen der Zustimmung der deutschen Gewerkschaften zum Schuman-Plan und der Absicherung der Montanmitbestimmung gilt mittlerweile als ausreichend belegt. Demnach war der DGB zu einer Reihe von Konzessionen bereit gewesen – darunter die Zustimmung zum Beitritt zur Ruhrbehörde, zur weitgehenden Beibehaltung der Altkonzerne im Montanbereich, zur Wiederaufrüstung und schließlich zum Schuman-Plan – um im Gegenzug die Mitbestimmungsfrage in seinem Sinne gelöst zu wissen.<sup>20</sup> Dies wurde in erster Linie durch die politische Situation der Jahre 1950/51 möglich, in der Kanzler Adenauer angesichts einer wachsenden parlamentarischen Opposition und Kritik gegenüber seiner Außenpolitik in der Bevölkerung, auf die Unterstützung der Gewerkschaften angewiesen war.<sup>21</sup>

Aus wissenschaftlicher Sicht bleibt hier indes die Frage offen, warum sich die IG Metall in dieses Tauschgeschäft fügte und ihre Vorbehalte gegenüber dem Schuman-Plan nach außen hin nicht zum Ausdruck brachte: Sowohl in den Gremien des DGB als auch auf dem ersten Gewerkschaftstag wurden diese im Laufe des Jahres 1950 von den IG Metall Funktionären nicht thematisiert.<sup>22</sup> Stattdessen ließ man Dr. Jochen Schöne – Bundestagsabgeordnete

18 Undatiertes Referat von Wilhelm Langwieler, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand Teil 2 Abteilungen des Vorstandes, Teilbestand Abteilungen/chem. Bestand 1–2, 5/IGMA071022. Aus dem Aktenkontext ist zu entnehmen, dass es im Mai/Juni 1950 verfasst wurde.

19 Vgl. in diesem Sinne auch die Aussage Freitags: „Vom Konferenz-Ergebnis (des IBFG) würde es abhängen, ob unsere deutschen Mitbestimmungs-Errungenschaften gefestigt oder geschwächt werden. Im letzten Fall würde über kurz oder lang das ganze Mitbestimmungsrecht illusorisch.“ Sitzung des Vorstandes vom 16./17. Mai 1950, abgedr. in: Dörrich/Schönhoven: Die Industriegewerkschaft Metall, S. 33–44, hier S. 41.

20 Vgl. dazu Volkmann: DGB, S. 233–235; Thum: Mitbestimmung, S. 65–70; Köpper: Außenpolitik, S. 108 f.

21 Volkmann: DGB: S. 235; Bühlbäcker: Europa, S. 222 f., S. 240 f.

22 Niederschrift der Verhandlungen des 1. Ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. o. J.

ter der SPD, die von Beginn an eine ablehnende Haltung zum Schuman-Plan eingenommen hatte – in der METALL verkünden, die Verhandlungen zum Schuman-Plan würden von „Wirtschaftsspitzen unter Beihilfe des Staates monopolisiert“, so dass sich ein „Wirtschafts-Europa das durch und durch kapitalistische Grundzüge“ trage, immer mehr abzeichne.<sup>23</sup>

Neben der Sorge um die Mitbestimmung und den Ressentiments gegenüber Frankreich, waren es die im Sommer 1950 begonnenen Verhandlungen zum Schuman-Plan, die den Unmut in der IG Metall verstärkten. Von dem proeuropäisch gesinnten „Triumvirat“ des DGB – Hans vom Hoff, Franz Grosse und Rolf Wagenführ – die als Gewerkschaftsvertreter an den Verhandlungen in Paris teilnahmen, sah die IG Metall ihre Interessen nicht hinreichend vertreten.<sup>24</sup> Vor allem im Bezug auf vom Hoff merkte Walter Freitag an, er habe seiner Delegation nur zugestimmt, um Meinungsverschiedenheiten mit der IG Bergbau zu verhindern.<sup>25</sup> Erfreulicher für die IG Metall war dagegen die Teilnahme Heinz Potthoffs von der Ruhrbehörde und Dr. Heinrich Deists, Mitglied der Stahlreuhändlervereinigung und des Bundestags für die SPD, an der Verhandlungsrunde über den Schuman-Plan in Bonn. Beide waren Mitglieder der IG Metall und unterhielten engen Kontakt zum Vorstand.

Letztlich entstand im Zuge der Verhandlungen zum Schuman-Plan ein gewerkschaftlicher Kreis von Europaexperten, dem keine direkten Vertreter der IG Metall angehörten. Eine Berufung zu den Pariser Delegationen hatte vom Vorschlag des Kanzlers abgehangen, der – entsprechend dem Wunsch Jean Monnets – unabhängige Generalisten zu entsenden hatte. Der Kanzler entsprach dieser Forderung bereitwillig, bedeutete dies doch, dass Personen mit einer engen Anbindung an die SPD außen vor bleiben mussten.<sup>26</sup> Die Zweifel an der parteipolitischen Neutralität waren auch der Grund, warum der enge Vertraute der IG Metall und sozialdemokratische Wirtschaftsexperte Heinrich Deist nicht in die Verhandlungsdelegation einbezogen wurde.<sup>27</sup> Es liegt nahe, zu vermuten, dass die Spitzenfunktionäre der IG Metall an diesem Auswahlkriterium scheiterten; Kuno Brandl, Redakteur der METALL, wurde zwar vom DGB vorgeschlagen, aber von Adenauer nicht entsandt.<sup>28</sup> Zudem fanden sich trotz ähnlicher Generationserfahrungen des Führungspersonals in der

23 Europäische Monopole statt Wirtschaftseinheit, in METALL, 2. Jg., Nr 16 vom 2. August 1950, S. 4.

24 Vom Hoff war hauptamtliches Mitglied des geschäftsführenden Vorstands des DGB, Rolf Wagenführ war stellvertretender Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI), Franz Grosse war Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Bergbau. Vgl. zum Europaprofil des „Triumvirats“ Bühlbäcker: Europa, S. 33 ff. sowie Bühlbäcker in diesem Heft.

25 Protokoll über die Vorstandssitzung der IG Metall am 21. Juni 1950, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 1 Beschlussfassende Organe und Gremien, Teilbestand Vorstandssitzungen, 5/IGMA020007.

26 Eckhard Wandel: Adenauer und der Schuman-Plan. Protokoll eines Gesprächs zwischen Konrad Adenauer und Hans Schäffer vom 3. Juni 1950, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 20 (1972), S. 192–203, hier: S. 200; Die Anzweiflung seiner parteipolitischen Neutralität war auch der Grund aus dem Ludwig Rosenberg, im DGB Vorstand zuständig für die Außenpolitik, nicht nach Paris entsandt wurde, obwohl an seiner proeuropäischen Haltung kein Zweifel bestand, vgl. Volkmann: DGB, S. 231.

27 Ebd.

28 Josef Kaiser (Bearb.): Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1949–1956 (= Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 11), Köln 1996, S. 77, Anm. 15; Brandl, zu diesem Zeitpunkt wieder SPD Mitglied, war ehemaliger KPO Funktionär; vgl. ebd., S. XXXIV.

IG Metall im Gegensatz zu IG Bergbau oder dem DGB keinerlei Verfechter einer originären Europaidee, die sich als „Europäer der ersten Stunde“ hätten hervortun können. Walter Freitag hatte zwar der IG Metall seit 1949 zu neuem Ansehen im Internationalen Metallarbeiterbund verholfen; über ein europapolitisches Profil verfügte der SPD-Abgeordnete damit allerdings nicht.<sup>29</sup>

Im Frühjahr 1951 gingen die Verhandlungen über die Schaffung der EGKS ihrem Ende zu, ohne dass die IG Metall bis dahin eine stärkere Verankerung in den proeuropäischen Strömungen des DGB gefunden hätte. Stattdessen hatte sie von außen betrachtet, wie im Rahmen der Verhandlungen, immer mehr „das Spiel der verschiedensten Kräfte, den Plan nach ihren Gunsten zu formen, deutlich sichtbar“ wurde,<sup>30</sup> während seit Sommer 1950 zugleich die erreichten Erfolge um die Mitbestimmung zunehmend in Frage gestellt wurden. Sowohl die europapolitischen als auch die nationalen Forderungen der IG Metall, die ihre Synthese in der Mitbestimmung fanden, schienen endgültig untergraben zu werden, als der Vertragsentwurf über die Gründung der Montanunion am 18. Mai 1951 in Paris unterzeichnet wurde.

Da die EGKS immer konkreter Gestalt annahm, hielt sich Walter Freitag auch im DGB nicht mehr zurück mit seiner Ansicht, „dass allein Frankreich ein Interesse an dem Zustandekommen dieses Planes“ habe, „da auf seiner Seite die ganzen Vorteile“ lägen.<sup>31</sup> In den Gremien der IG Metall hieß es: „Wir sollten dem Schuman-Plan unter keinen Umständen zustimmen“, was auf der Vorstandssitzung vom 18. Mai 1951 bekräftigt wurde.<sup>32</sup> Mit dieser öffentlichen Positionierung beschränkt die IG Metall sowohl national als auch international einen Alleingang. Nachdem sich der DGB-Vorsitzende Christian Fette bereits im Mai öffentlich für den Schuman-Plan ausgesprochen hatte, stand spätestens seit dem DGB-Kongress Ende Juli 1951 außer Frage, dass sowohl der DGB als auch der IBFG zur Zustimmung bereit waren.<sup>33</sup>

Warum die IG Metall erst zu diesem Zeitpunkt ihre Ablehnung offensiv nach außen trug, ist bisher von der Forschung nicht ausreichend geklärt worden. Ein Grund wird darin gesehen, dass sich nach dem Tode Hans Böcklers, der das Postulat parteipolitischer Unabhängigkeit uneingeschränkt vertreten hatte, der Einfluss der SPD auf die Politik der Einzelgewerkschaften verstärkte.<sup>34</sup> Naheliegender erscheint es jedoch, auch hier der Mitbestimmungsfrage größere Bedeutung beizumessen. Im gleichen Monat, in dem der Vertragsentwurf zur Gründung der EGKS vorlag, wurde die Montanmitbestimmung durch den Bundestag gesetzlich abgesichert. Gleichzeitig sahen sich die Gewerkschaften angesichts die-

29 Ebd., S. XXIX.

30 So Freitag in Sitzung des Bundesvorstandes des DGB vom 11./12. März 1951, abgedr. in: Kaiser: Der Deutsche Gewerkschaftsbund, S. 141–158, hier S. 152.

31 Sitzung des Bundesvorstandes des DGB vom 11./12. März 1951, abgedr. in: ebd., S. 141–158, hier S. 152.

32 Sitzung des Beirats der IG Metall vom 10./11. Mai 1951, abgedr. in: Dörrich/Schönhoven: Die Industriegewerkschaft Metall, S. 133–137, hier S. 134; Zum Schuman-Plan, in: METALL, 2. Jg., Nr. 11 vom 30. Mai 1951, S. 1.

33 Köpper: Außenpolitik, S. 128.

34 Ebd., S. 126.

ses nur mit großen Anstrengungen erzielten Abwehreffolgs mehr denn je von der Ausdehnung der Mitbestimmung auf weitere Industriezweige entfernt – eine europaweite Umsetzung dieses Modells schien gar nicht denkbar.<sup>35</sup> Nun, da nichts zu verlieren war, sah die IG Metall keinen Grund mehr, sich mit ihrer Ablehnung gegenüber dem Schuman-Plan zurückzuhalten. Ihre europapolitische Strategie, die sich allein an nationalen Gesichtspunkten orientiert hatte, war nicht aufgegangen.

### Neuausrichtung der Europapolitik

„(...) Aus einer Verpflichtung dem deutschen Hüttenarbeiter gegenüber müssen wir uns beteiligen, damit die Interessen der deutschen Metallarbeiter bei der Frage für die Zukunft gewahrt werden.“ – so lautete die neue Strategie der IG Metall.<sup>36</sup> Vor vollendete Tatsachen gestellt unternahm man einen Strategiewechsel, der nur insofern als Neupositionierung gewertet werden kann, als dass die Montanunion nunmehr als Realität akzeptiert wurde. Dass damit jedoch keine Befürwortung der EGKS einherging, geht deutlich aus einem Schreiben Otto Brenners an Potthoff hervor:

„Welchen Sinn und welche Probleme die Montan-Union nach dem Willen der geistigen Urheber und jetzigen staatspolitischen Träger dieser Idee erfüllen soll, ist bekannt. Diesen Kräften geht es doch in ihrem Innersten bei all ihren Maßnahmen (Europäische Gemeinschaft, Gemeinsamer Markt, einheitliche Produktion, Steigerung der Produktion, Hebung des Lebensstandards und dergl. mehr) um die Stärkung und Befestigung ihrer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Auffassung.“<sup>37</sup>

Während die ablehnende Haltung unverändert blieb, zog man nun Konsequenzen aus dem im Zuge der Schuman-Plan Verhandlungen eingeschlagenen Sonderweg: Die IG Metall musste sich beteiligen, um die negativen Auswirkungen der Montanunion einzudämmen.<sup>38</sup> Dieser Strategiewechsel wurde dadurch erleichtert, dass die IG Metall innergewerkschaftlich von einer neuen Handlungsgrundlage aus operieren konnte: Nachdem im Zuge einer Umstrukturierung des DGB, an der Funktionäre der IG Metall maßgeblich beteiligt waren, der europapolitische Expertenkreis von Wagenführ, vom Hoff und Grosse aufgelöst und Walter Freitag zum neuen DGB Vorsitzenden gewählt worden war,<sup>39</sup> meldete die IG Metall

35 Thum: Mitbestimmung, S. 97.

36 Niederschrift der Verhandlungen des 2. Ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland in Stuttgart vom 13. bis 18. September 1954, Frankfurt a. M. o. J., S. 70.

37 Brümmer an Potthoff betr. Luxemburger Büro vom 2. März 1953, in AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand Teil 2 Abteilungen des Vorstandes, Teilbestand Zweigbüro des Vorstandes/ehem. Bestand 1–1, 5/IGMA280036.

38 Ebd.

39 Auf dem 2. Ordentlichen Bundeskongress des DGB im Oktober 1952 in Berlin wurde Fette in einer Kampf Abstimmung seines Amtes als DGB Vorsitzender enthoben. Zu den Vorwürfen gegenüber Fette gehörte der, einer zu voreiligen Befürwortung des Schuman-Plans; vgl. Protokoll 2. Ordentlicher Bun-

als mitgliederstärkste Gewerkschaft ihren Führungsanspruch im Dachverband an, in dem sie deutlich machte, „dass der Bund nur die Stimme seiner Mitglieder ist, und wir als seine zahlenmäßig stärkste Säule unseren entsprechenden Anteil – und Verantwortung – an der Arbeit des Bundes zu leisten haben.“<sup>40</sup> Damit eröffneten sich auch für die Europapolitik größere Mitwirkungsmöglichkeiten.

Erst auf dem 3. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall im September 1954 bekannte man sich in der EntschlieÙung „ungeachtet der Mängel“ zur Montanunion. Diese wurde nun auch von der Basis als Realität akzeptiert – allerdings mit 86 Gegenstimmen gegenüber 142 Befürwortern.<sup>41</sup> Mit Blick auf das Scheitern des EVG-Vertrags bemerkte Heinrich Sträter in dieser Situation: „Wenn wir auch keinen Anlass haben, die bisherige Tätigkeit der Montanunion als gut zu heißen, müsste es doch bedauert werden, wenn sie zusammenbräche.“<sup>42</sup>

## Die Mitwirkung in den europäischen Gremien und innerorganisatorischer Wandel

Ohne eine originär proeuropäische Überzeugung begann sich die IG Metall im Frühjahr 1952 an der Besetzung der Gremien der Montanunion zu beteiligen. In die Hohe Behörde wurden als Repräsentanten der Gewerkschaften Paul Finet als Vertreter des IBFG und Heinz Potthoff als Vertreter des DGB entsandt.<sup>43</sup> Potthoffs Berufung, für die man sich im Vorstand der IG Metall zuvor ausgesprochen hatte, wurde einhellig begrüÙt.<sup>44</sup> In der Folgezeit versorgte Potthoff den Vorstand nicht nur mit Informationsmaterial der Hohen Behörde, sondern er wandte sich auch regelmäßig an ihn mit der Bitte Personalvorschläge für die neu zu

deskongreÙ des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin, 13.–17. Oktober 1952, Düsseldorf o. J., S. 95 f., S. 241. Auf den Kongress folgte eine Verleumdungskampagne gegenüber den proeuropäisch gesinnten Mitarbeitern des DGB. Sowohl vom Hoff als auch Wagenführ und Grosse sahen sich in den Folgemonaten Beschuldigungen einer Kooperation mit dem NS-Regime ausgesetzt, welche ohne bewiesen zu sein, dazu führten, dass vom Hoff in seinem Vorstandsamt nicht mehr bestätigt und Grosse und Wagenführ ihres politischen Einflusses im DGB beraubt wurden; vgl. Bühlbäcker: Europa, S. 290.

40 Geschäftsbericht 1952–1953 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M., 1954, S. 44; vgl. dazu Köpper: Außenpolitik, S. 140–142.

41 Eine kommunistische Minderheit hatte den Rückzug der IG Metall aus den Gremien der Montanunion gefordert; vgl. Protokoll über den dritten Ordentlichen Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland in Hannover vom 13. bis 18. September 1954, Frankfurt a. M. o. J., S. 211.

42 Sträter: „Die Montanunion braucht Auftrieb“, in: Sozialdemokratischer Pressedienst vom 27. November 1954.

43 Bühlbäcker: Europa, S. 272.

44 Protokoll über die Sitzung des Vorstandes der IG Metall vom 25. Juli 1952, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 1 Beschlussfassende Organe und Gremien, Teilbestand Vorstandssitzungen, 5/IGMA02009. Hier begrüÙt Freitag die Berufung Potthoffs, der zusammen mit Deist dem DGB von der IG Metall für diesen Posten vorgeschlagen worden war, allerdings von Kanzler Adenauer unter Verweis auf seine NS-Vergangenheit nicht berücksichtigt wurde. Vgl. dazu Bühlbäcker: Europa, S. 286 f.

besetzenden Posten in den Gremien der Montanunion.<sup>45</sup> In der Folge lief über Potthoff die europapolitische Personal- und Informationspolitik der IG Metall.

Potthoff war es auch, der sowohl die Haltung des IG Metall Vorstands als auch die der „Basis“ – der er sich auf beinahe jedem Gewerkschaftskongress der IG Metall zuwandte – im Hinblick auf die Montanunion nachhaltig geprägt zu haben scheint.<sup>46</sup> Zunächst hatte auch noch Hans vom Hoff in seiner Funktion als Sonderberater des DGB an der Hohen Behörde mehrmals Personalvorschläge von der IG Metall für die europäische Ebene erbeten.<sup>47</sup> Nach einem Hinweis Potthoffs auf das dadurch entstehende „Nebeneinander“, wies Heinrich Sträter den Vorstand der IG Metall aber darauf hin, „dass Potthoff und nicht vom Hoff der Ansprechpartner der IGM in Luxemburg ist.“<sup>48</sup>

Neben den Verbindungslinien zur Hohen Behörde sah die IG Metall eine weitere direkte europapolitische Mitwirkungsmöglichkeit im Beratenden Ausschuss. Trotz seiner gegenüber der Hohen Behörde lediglich konsultativen Funktion besaß er einen hohen symbolischen Wert, da in ihm eine paritätische Interessenrepräsentation zwischen Arbeitnehmern, Produzenten und Verbrauchern vorgesehen war.<sup>49</sup> Wurde während der Schuman-Plan-Verhandlungen noch unverbindlich beschlossen, das Vorschlagsrecht für den Beratenden Ausschuss dem IBFG zu überlassen, war es schließlich Walter Freitag, der diese Praxis in Abstimmung mit dem Bundeswirtschaftsministerium untergrub.<sup>50</sup> Während er gegenüber den protestierenden Vertretern des IBFG die Ansicht vertrat, dass man „für den Fall, dass der Ministerrat die Vorschläge des IBFG nicht akzeptieren würde, es (...) einfach dem Ministerrat dann überlassen müsse, die Mitglieder für den Beratenden Ausschuss selbst zu wählen“,<sup>51</sup> setzte Freitag sich kurz darauf als DGB-Vorsitzender mit Erfolg dafür ein, dass der Ministerrat die nationalen Gewerkschaften als vorschlagsberechtigt anerkannte.<sup>52</sup> Neben diesem Isolationskurs gegenüber dem IBFG, wurde im Vorstand der IG Metall auch eine Beteiligung der

45 Zahlreiche Korrespondenzen zwischen Potthoff und dem IGM Vorstand vornehmlich aus den Jahren 1952–1954 befinden sich in 5/IGMA071023.

46 Köpper: Außenpolitik, S. 153; vgl. auch die regelmäßigen Beiträge Potthoffs in der IG Metall-Funktionärszeitschrift „Der Gewerkschafter“.

47 Vom Hoff an IGM Vorstand vom 29. Juli 1952; vom 9. September 1950; vom 17. September 1950, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 2 Abteilungen des Vorstands, Teilbestand Abteilungen/ehem. Bestand 1–2, 5/IGMA/071023.

48 Potthoff an Brümmer vom 2. Dezember 1952, in ebd. Zu dem „Nebeneinander“ war es gekommen, als vom Hoff Brümmer ohne das Wissen Potthoffs für den Ausschuss für Marktentwicklung vorschlug. Brümmer bekräftigte im Anschluss an den Vorfall eine „enge Zusammenarbeit“ mit Potthoff und wies Sträter ausdrücklich auf diese hin, nachdem dieser auf weitere Personalsuche vom Hoff eingegangen war; vgl. dazu Sträter an Brümmer, vom 12. Februar 1953, in ebd.

49 Hans Dichgans: Montanunion. Menschen und Institutionen, Düsseldorf/Wien 1980, S. 123 f.

50 Bühlbäcker: Europa, S. 300–302.

51 Protokoll von Sträter betr. „Schumanplan-Ausschußsitzung des IBFG“ vom 19. August 1951, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 2 Abteilungen des Vorstandes, Teilbestand Zweigbüro des Vorstandes/ehem. Bestand 1–1, 5/IGMA280036. Freitag nahm hier noch als Vorsitzender der IG Metall teil.

52 Bühlbäcker: Europa, S. 301.

DAG am Beratenden Ausschuss als „undiskutabel“ erachtet.<sup>53</sup> Als sich der Beratende Ausschuss Ende Januar 1953 in Luxemburg konstituierte, hatten sich die nationalen Industrieverbände und der DGB durchgesetzt. Für die IG Metall waren Hans Brümmer und Heinrich Sträter vertreten, Dr. Franz Grosse und Heinrich Platte für die IG Bergbau und Walter Freitag für den DGB.<sup>54</sup>

Neben dem Beratenden Ausschuss gründete die Hohe Behörde ständige externe Beratungsgremien mit Fachleuten aus der Wirtschaft.<sup>55</sup> Die erste personelle Besetzung erfolgte von deutscher Seite aus maßgeblich durch das Bundesministerium für Wirtschaft, dessen Vertreter sich regelmäßig mit Vertretern der Industrieverbände sowie der Industriegewerkschaften in einem „Sachverständigenausschuss der Industrie“ zusammenfanden.<sup>56</sup> Für die IG Metall war hier Heinrich Deist vertreten, der dem Vorstand über die Treffen berichtete.<sup>57</sup> Die IG Metall, die beschlossen hatte, „dass in die so genannten Expertenausschüsse Leute hineingebracht werden sollen, die uns nahestehen“,<sup>58</sup> hatte neun Personen vorgeschlagen, die allesamt vom DGB berücksichtigt und in eine bereits im Juli 1952 zusammengestellte Bewerberliste nachträglich aufgenommen wurden.<sup>59</sup> Von ihnen waren in dem endgültigen Personalbestand der Sachverständigenausschüsse bei ihrer Arbeitsaufnahme allerdings nur fünf vertreten.<sup>60</sup> Insgesamt dominierten in den Sachverständigenausschüssen bei der Hohen Behörde eindeutig die Vertreter der Industrie. Die einzigen Gewerkschafter, die hier berufen

- 53 Protokoll über die Sitzung des Vorstandes der IG Metall vom 20. September 1952, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 1 Beschlussfassende Organe und Gremien, Teilbestand Vorstandssitzungen, 5/IGM020009.
- 54 Verzeichnis der Mitglieder des Beratenden Ausschusses bei der Hohen Behörde und der Organisation bzw. Tätigkeitsberichte, die sie vertreten, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 2 Abteilungen des Vorstandes, Teilbestand Abteilungen/ehem. Bestand 1–2, 5/IGMA071025.
- 55 Dichtgans: Montanunion, S. 80; Dazu gehörten ein Ausschuss für Investitionen und Produktivität, ein Unterausschuss für den Arbeiterwohnungsbau, ein Ausschuss für Versorgung und Bedarf unterteilt in eine Gruppe für Erze und eine für Kohle, ein Ausschuss für Versorgung und Bedarf unterteilt in eine Gruppe für Schrott und eine für Stahl, eine Arbeitsgruppe für Umlagen und schließlich der Ausschuss für die Entwicklung des Marktes; vgl. dazu „Personelle Gliederung der Schuman-Plan Behörden“, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 2 Abteilungen des Vorstandes, Teilbestand Abteilungen/ehem. Bestand 1–2, 5/IGMA071025.
- 56 Bühlbäcker: Montanunion, S. 276.
- 57 Deist an Brümmer und Freitag betr. Sachverständigentreffen der Industrie vom 19. Januar 1953, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 2 Abteilungen des Vorstandes/Teilbestand Abteilungen/ehem. Bestand 1–2, 5/IGMA071023.
- 58 Protokoll über die Sitzung des Vorstandes der IG Metall vom 11. November 1952, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 1 Beschlussfassende Organe und Gremien, Teilbestand Vorstandssitzungen, 5/IGMA020009.
- 59 Schreiben von Potthoff an Brümmer betr. Konsultativausschüsse der Hohen Behörde vom 2. Dezember 1952, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 2 Abteilungen des Vorstandes, Teilbestand Abteilungen/ehem. Bestand 1–2 5/IGMA071023. In dem Schreiben teilt Potthoff mit, dass alle Vorschläge der IG Metall berücksichtigt worden waren. Vorgeschlagen worden waren: Walter Mehls, Harald Koch, Karl Bender, Viktor Agartz, Peter Schmidt, Johann L’Habitant, Karl Strohmenger, Wolfram Ebers, Gerhard Oeser.
- 60 Dazu zählten Bender, L’habitant, Mehls, Koch, Ebers; vgl. „Personelle Gliederung der Schuman-Plan Behörden“, in: ebd., 5/IGMA071025.

waren, waren Brümmer und Grosse, wobei Brümmers Präsenz im Ausschuss für Marktentwicklung – und damit die direkte Beteiligung der IG Metall an den Sachverständigenausschüssen – das Ergebnis eines Missverständnisses war. Im November 1952 hatte vom Hoff, zu diesem Zeitpunkt als Sonderberater an der Hohen Behörde tätig, Brümmer ohne das Wissen Potthoffs mitgeteilt, dass er ihn für den Ausschuss für Marktentwicklung benannt hatte.<sup>61</sup>

Die IG Metall blieb damit personell an den von Wirtschaftskreisen dominierten Sachverständigenausschüssen beteiligt. Dadurch verfügte sie nicht nur bezüglich der Arbeit des Ausschusses für Marktentwicklung über Informationen aus erster Hand, sondern wurde auch durch die von ihr vorgeschlagenen Arbeitsdirektoren über die Arbeit der anderen Ausschüsse auf dem Laufenden gehalten.<sup>62</sup> Vor diesem Hintergrund ist bei der Dominanz der Wirtschaftsseite in den Sachverständigenausschüssen der Hohen Behörde zu berücksichtigen, dass es sich bei einigen dieser Wirtschaftsvertreter um Arbeitsdirektoren handelte, die im Rahmen der Montanmitbestimmung das besondere Vertrauen der Arbeitnehmer genossen und gute Kontakte zur IG Metall pflegten.<sup>63</sup> Neben den ständigen Sachverständigenausschüssen wurden zudem je nach Bedarf zeitlich begrenzte Konsultativausschüsse für bestimmte Fragestellungen eingerichtet. Auch in diesem Zusammenhang ersuchte Potthoff den IG Metall-Vorstand regelmäßig um Vorschläge. Die dafür vorgeschlagenen Personen rekrutierten sich aus den hauptamtlichen Mitarbeitern der IG Metall.<sup>64</sup>

Innerorganisatorisch reagierte die IG Metall nachholend auf die wachsenden Aufgaben, die sich im Rahmen der Montanunion stellten. Am 13. Januar 1953, nachdem die Besetzung der Gremien der Montanunion erfolgt war und die Hohe Behörde ihre Arbeit aufgenommen hatte, nahm der Vorstand eine Geschäftsumverteilung vor.<sup>65</sup> Innerhalb der Abteilung Wirtschaft, für die Brümmer zuständig war, wurden vier Arbeitsgruppen eingerichtet, von

- 61 Schreiben von vom Hoff an Brümmer betr. Ausschuss für Marktentwicklung vom 17. November 1952, in: ebd., 5/IGMA071023; Monnet an Brümmer betr. Ausschuss für Marktentwicklung vom 18. November 1952, in: ebd. Hier hatte vom Hoff an Potthoff vorbei gehandelt, der es, da „die Dinge nunmal so gelaufen sind“, dabei bewenden ließ.
- 62 Aktenvermerk von Hölkeskamp betr. Tätigkeit unserer Kollegen in den Sachverständigenausschüssen der Hohen Behörde vom 24. Februar 1953, in: ebd., 5/IGMA071025. Berichtet hatten Bender, L'Habitant und Mehls.
- 63 Vgl. zu der Monopolisierung der leitenden Positionen der EGKS: Bühlbäcker: Europa, S. 276 ff.; vgl. zu der Stellung der Arbeitsdirektoren der Montanindustrie und ihren Kontakten zur IG Metall Lauschke: Halbe Macht, S. 28 ff.
- 64 Vgl. dazu 5/IGMA280036, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 2 Abteilungen des Vorstandes, Teilbestand Zweigbüro des Vorstandes/ehem. Bestand 1–1; insbes. 5/IGMA071023, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 2 Abteilungen des Vorstandes, Teilbestand Abteilungen/ehem. Bestand 1–2. Unter den Vorgeschlagenen der IG Metall befanden sich regelmäßig die Funktionäre Hölkeskamp, Hagner, Dänemark, Hahnbrück.
- 65 Sitzung des Beirats der IG Metall vom 16. November 1952, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 1 Beschlussfassende Organe und Gremien, Teilbestand Vorstandssitzungen, 5/IGMA020007. Hier wurde im Rahmen der wachsenden Aufgaben, die sich aus dem Schuman-Plan, Betriebsverfassungsgesetz und der internationalen Gewerkschaftszusammenarbeit ergaben, ein organisatorischer Ausbau als erforderlich erachtet.

denen die Arbeitsgruppe „Montanunion“ für die Übermittlung von Spezialberichten an den Vorstand zuständig war. Zugleich koordinierte sie die Verbindung der IG Metall zum Büro für Montanunionsfragen beim WWI, zur Hohen Behörde und zu den europäischen Gewerkschaftszusammenschlüssen. Parallel dazu war auch das Zweigbüro des Vorstands, unter Leitung von Heinrich Sträter, mit denselben Aufgaben betraut.<sup>66</sup>

Um die Arbeit der deutschen Gewerkschaften auf europäischer Ebene besser zu koordinieren, wurden seit Arbeitsaufnahme der Montanunion wiederholt intensive Überlegungen angestellt, intergewerkschaftliche Koordinationsstellen als Gegenpol zu den Verbindungsstellen der Wirtschaftsvereinigungen zu schaffen.<sup>67</sup> Die IG Metall entsandte regelmäßig Funktionäre zu Tagungen und Informationsveranstaltungen auf europäischer Ebene; einige rückten auch in den Verwaltungsstab der Hohen Behörde auf.<sup>68</sup> Personell kristallisierten sich mit Hans Brümmer und Heinrich Sträter sowie Otto Brenner nun europapolitische Spezialisten der „zweiten Stunde“ heraus, die zusammen mit Walter Freitag und dem europaprofilierten Ludwig Rosenberg auch im DGB als Europapexperten hervortraten.<sup>69</sup> Im Zuge der Arbeitsaufnahme der Montanunion etablierten sich innerhalb der IG Metall damit sowohl personelle als auch innerorganisatorische Strukturen, die auf die europäische Ebene ausgerichtet waren. Da diese erst aus dem nachträglich empfundenen Handlungszwang resultierten, mitzuarbeiten, um nicht an Einfluss zu verlieren, lässt sich hier von einer nachholenden Europäisierung sprechen.

Dieser Handlungslogik unterlag auch die Mitarbeit im Verbindungsbüro der Gewerkschaften in Luxemburg, maß doch die IG Metall der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit eine Schlüsselrolle bei der europäischen Einigung zu.<sup>70</sup> Der IBFG hatte es zunächst als seine Aufgabe angesehen, die Koordination der Gewerkschaften der am Schuman-Plan teilnehmenden Staaten zu übernehmen, doch setzten sich auch hier die nationalen Metall- und Bergarbeiterorganisationen der sechs Teilnehmerstaaten durch und gründeten 1951 ein zunächst aus 15 Delegierten bestehendes Komitee, welches die Überwachung der westeuropäischen Schwerindustrie und Koordination des internationalen gewerkschaftlichen Infor-

66 Geschäftsverteilung des Vorstands, in: ebd., 5/IGMA020010.

67 Aktennotiz von Hölkeskamp betr. Vorschlag zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für Europäische Montanwirtschaft, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 2 Abteilungen des Vorstandes, Teilbestand Abteilungen/ehem. Bestand 1–2, 5/IGMA071052. In einer Besprechung vom 22. Juni 1954, zwischen Vertretern des DGB, des WWI, der IGM und der IGB, wurde beschlossen zu prüfen, ob ein gemeinsames Büro für Fragen der Montanunion eingerichtet wird. Der Vorschlag sollte den Vorständen der Gewerkschaften unterbreitet werden. Der Vorstand der IG Metall hatte bereits in einer Sitzung im Februar 1953 angesichts der Übervorteilung durch die Industrievertreter im Beratenden Ausschuss beschlossen, zu prüfen, „ob es nicht zweckmäßig sei, für die Bearbeitung aller Angelegenheiten der Montan Union mit der IG Bergbau ein Büro zu schaffen, in dem alle Probleme behandelt werden.“ Protokoll der Sitzung des Vorstands vom 2/3. Februar 1953, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 1 Beschlussfassende Organe und Gremien, Teilbestand Vorstandssitzungen, 5/IGMA020010.

68 Dr. Wilhelm Schwarz schied am 31. September.1954 aus den Diensten der IG Metall aus und wurde Mitarbeiter von Pothhoff im Büro der Montanunion; vgl. Sitzung des Vorstands vom 17. August 1954, in: ebd.

69 Vgl. Köpper: Außenpolitik, S. 170.

70 Deutschland-Frankreich-Europa, in: METALL, 2. Jg., Nr 11 vom 23. Mai 1950, S. 1.

mationsaustauschs in der Montanunion gewährleisten sollte.<sup>71</sup> Walter Freitag war es, der sich noch in seiner Funktion als Vorsitzender der IG Metall mit seinem Anliegen durchsetzte, dass „die Metall- und Bergarbeiter diejenigen Organisationen seien, die am meisten vom Schumanplan betroffen wären“ und daher nur eine „lose Bindung des IBFG“ an den 15er Ausschuss erfolgen dürfe.<sup>72</sup>

Später wurde das Komitee durch die Vertreter der Dachverbände der Teilnehmerstaaten zum 21er Ausschuss erweitert und ein Verbindungsbüro in Luxemburg errichtet. Das Verbindungsbüro wurde von Antone Krier, dem Präsidenten des Letzeburger Verbandes, geleitet, wobei die deutschen Gewerkschaften die größten finanziellen Lasten zu tragen hatten. Diese wurden von der IG Metall gern übernommen, hatte sie dadurch „entsprechenden Einfluss.“<sup>73</sup> Die IG Metall leitete ihren Führungsanspruch innerhalb der europäischen Gewerkschaftszusammenschlüsse daraus ab, dass die deutschen Gewerkschaften und insbesondere die IG Metall aufgrund der Montanmitbestimmung „viel weiter“ seinen „als die ausländischen Kollegen“.<sup>74</sup> Das wurde nicht vorbehaltlos von den anderen Gewerkschaftsorganisationen aufgenommen, die befürchteten, dass der Deutsche Metallarbeiterverband einen zu großen Einfluss ausüben würde.<sup>75</sup> Im 21er Ausschuss waren von der IG Metall Hans Brümmer und Heinrich Sträter vertreten, wobei letzterer auch zum Exekutivausschuss gehörte. Diese sprachen sich vehement dagegen aus, die gewerkschaftliche Zusammenarbeit auf die der Montanunion angeschlossenen Länder zu begrenzen und pflegten eine enge Abstimmung mit Konrad Ilg, dem Sekretär des IMB.<sup>76</sup> Die sektorale intergewerkschaftliche Zusammenarbeit stand für die IG Metall im Rahmen der Montanunion im Vordergrund: „Wir sind der Meinung, dass man nur auf diesem Wege, also über die Berufsinternationalen, internationale Gewerkschaftspolitik machen kann und muss.“<sup>77</sup>

Das Verbindungsbüro in Luxemburg sollte flankierend zu den Gremien der Montanunion tätig sein und vor allem einen guten Informationsfluss gewährleisten, welchen die IG Metall angesichts der auf europäischer Ebene gut organisierten Verbindungsstellen der

71 Vgl. dazu Beever: *European Unity*, S. 107 f.; Haas: *Uniting Europe*, S. 361 ff.

72 Aktennotiz von Sträter betr. Schumanplanausschusssitzung des IBFG vom 8. Oktober 1952, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 2 Abteilungen des Vorstandes, Teilbestand Zweigbüro des Vorstandes/ ehem. Bestand 1-1, 5/IGMA280036.

73 Niederschrift über die Vorstandssitzung der IG Metall vom 7. Mai 1953, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 1 Beschlussfassende Organe und Gremien, Teilbestand Vorstandssitzungen, 5/IGMA020009.

74 Brümmer in ebd.

75 Ilg an Brümmer betr. Sitzung des Beratenden Ausschusses vom 5./6. März 1953, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 2 Abteilungen des Vorstandes, Teilbestand Zweigbüro des Vorstands/ehem. Bestand 1-1, 5/IGMA280036. Ilg berichtet, dass „die Belgier und mit ihnen andere Länder befürchten, dass der deutsche Metallarbeiterverband bzw. Deutschland in der Montanunion einen zu großen Einfluss erhalten.“

76 Brümmer an Krier betr. Kongress der Gewerkschaften vom 9. November 1953, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 2 Abteilungen des Vorstandes, Teilbestand Abteilung Wirtschaft, 5/IGMA100438.

77 Brümmer an Krier betr. Intergewerkschaftliche Konferenz vom 9. November 1953, in: ebd. Krier hatte sich dafür ausgesprochen, die Konferenz ohne die Beteiligung des IMB durchzuführen.

Industrieverbände für unabdingbar hielt.<sup>78</sup> Vor allem die Zusammenarbeit mit Jean Monnet wurde als positiv bewertet, da er sich immer wieder zu Gesprächen mit Vertretern des Ausschusses bereit erklärte.<sup>79</sup> Die erfolgreiche Zusammenarbeit wurde nach der Amtsübernahme durch René Mayer von der IG Metall allerdings infrage gestellt, denn – so Walter Hölkeskamp in einer Aktennotiz – in „letzter Zeit zeigt sich immer mehr, dass Präsident Mayer rein national französische Interessen herausstellt im Gegensatz zu der objektiven Haltung von Herrn Monnet. Besonders muss hier auch auf den schlechten Kontakt von Mayer zu den Gewerkschaften hingewiesen werden.“<sup>80</sup>

## Interessenartikulation in der Montanunion

Erst infolge der personellen Europäisierung fand in der IG Metall auch ein programmatischer Wandel statt, der sich darin äußerte, dass seit 1953/54 – im Gegensatz zu den gesellschaftspolitisch geprägten Positionen der Gründungsphase der Montanunion – auf spezielle Fragestellungen zugeschnittene und pragmatischere Forderungen erhoben wurden.<sup>81</sup> Bemängelt wurde, dass sich die Investitionstätigkeit der Hohen Behörde zu wenig in der Stahlindustrie niederschlug, dass eine generelle Investitions- und Preiskontrolle nicht möglich war und dass zu wenig gegen die Konzentrationsbestrebungen der Stahlkonzerne unternommen wurde. Bei den Gewerkschaftsvertretern der anderen Mitgliedsländer fand diese Kritik jedoch keine Resonanz.<sup>82</sup>

Während also deutlich wurde, dass eine Investitionslenkung im Rahmen der Montanunion nicht zu verwirklichen war, verlagerten sich die Forderungen der IG Metall immer mehr auf die Sozialpolitik und die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer – ein Wandel, den die Gewerkschaft auch schon auf nationaler Ebene vollzogen hatte.<sup>83</sup> In Anlehnung an das 1954 vorgestellte neue gewerkschaftliche Aktionsprogramm wurde die Einführung der 40-Stunden Woche auch auf europäischer Ebene gefordert, was in den Gremien der Montanunion zumindest unter Gewerkschaftern Zustimmung fand.<sup>84</sup>

78 Vgl. Referat von Freitag, in: Protokoll über die Sitzung des Vorstands der IG Metall vom 20. September 1952, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 1 Beschlussfassende Organe und Gremien, Teilbestand Vorstandssitzungen, 5/IGMAo20009.

79 Beever: *European Unity*, S. 111.

80 Aktennotiz von Hölkeskamp vom 5. Juli 1956, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 2 Abteilungen des Vorstandes, Teilbestand Zweigbüro des Vorstands/ehem. Bestand 1–I, 5/IGMA280072.

81 Geschäftsbericht 1954/55 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1956, S. 113; Köpper: *Außenpolitik*, S. 150–152.

82 *Politik und Ziele der Montanunion*, in: METALL, Jg. 7, Nr. 14 vom Juli 1955; Haas: *Uniting Europe*, S. 369.

83 Wilhelm Langwieler: *Die sozialpolitische Problematik der Montanunion mit 2 Tafeln über den Vergleich der Arbeitsbedingungen für Lohnarbeiter im Bergbau und in der eisenschaffenden Industrie*, Frankfurt a. M./Bonn 1954.

84 Otto Brenner: *Wir brauchen ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm*, in: METALL, 6. Jg., Nr. 9 vom 12. Mai 1954, S. 4; auch im Verbindungsbüro in Luxemburg herrschte Einigkeit über die Forderung; vgl. Mitteilung des Verbindungsbüros in Luxemburg vom 25. Oktober 1955, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 2 Abteilungen des Vorstandes, Teilbestand Abteilung Wirtschaft, 5/IGMA100438.

Die Frage der Freizügigkeit der Facharbeiter der Kohle- und Stahlindustrie innerhalb der sechs Teilnehmerstaaten der Montanunion stieß wiederum auf regen Widerstand innerhalb der IG Metall. Dabei setzten sich Brümmer und Sträter vehement dafür ein, die Kriterien für Stahlfacharbeiter in diesem Rahmen eng zu fassen.<sup>85</sup> Ab den Jahren 1954/55 wurde die Sozialpolitik zum Hauptgegenstand der Auseinandersetzung der IG Metall mit der Arbeit der Montanunion, wobei die Einflussmöglichkeiten der Hohen Behörde auf eine gemeinsame Sozialpolitik der Teilnehmerstaaten als zu gering eingestuft wurden.<sup>86</sup>

Die Pluralität der Gewerkschaftsinteressen in den europäischen Gremien erschwerte jegliche Einflussnahme von Einzelgewerkschaften, also auch jene der IG Metall – gemeinsame Zielvorgaben ließen sich infolgedessen nur schwerlich formulieren.<sup>87</sup> Letztlich hing der Einfluss der Arbeitnehmervertreter insgesamt von den Mitwirkungsmöglichkeiten des Beratenden Ausschusses ab. Da diese aber gering waren, war eine Lenkung der konkreten Politik der Hohen Behörde für die Gewerkschaftsvertreter von vornherein strukturell begrenzt.<sup>88</sup> Als Erfolg wurde verzeichnet, dass auf Initiative des Beratenden Ausschusses Reallohnvergleiche in den Mitgliedsländern angestellt und 1956 veröffentlicht wurden.<sup>89</sup>

Im Arbeitsalltag der Montanunion bemängelte die IG Metall, dass die Gewerkschaften gegenüber den Verbänden der Industrie benachteiligt würden. Die Kritik zielte vor allem auf Artikel 48 des EGKS-Vertrags ab, welcher, vage formuliert, eine Konsultation der Erzeugerverbände durch die Hohe Behörde vorsah, vorausgesetzt, dass diese die berufenen Vertreter der Arbeitnehmer und Verbraucher an ihren leitenden Organen beteiligten. Dass dies nur unzureichend geschah, wurde im Vorstand der IG Metall sowie in den europäischen Gremien thematisiert.<sup>90</sup> Durch die Parität im Beratenden Ausschuss war zwar eine Beteiligung der Arbeitnehmer gegeben, doch sah die IG Metall hier eine Übervorteilung der Industrievertreterseite, da diese, „mit dem Material gespeist über die Wirtschaftsvereinigung, viel besser operationsfähig“ sei.<sup>91</sup> Diese Kritik betraf auch die Sachverständigenausschüsse. Die Arbeitsdirektoren, die in den ständigen Konsultativausschüssen der Hohen Behörde saßen, hatten dem Vorstand der IG Metall berichtet, dass ihre Mitarbeit in den Gremien „nur eine

85 Bericht über die Sitzung des 21er Ausschusses vom 24. Januar 1954, in: ebd.; Aktennotiz von Hölkeskamp betr. Art. 69 des Montanunion-Vertrags vom 10. Februar 1954, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 2 Abteilungen des Vorstandes, Teilbestand Abteilungen/ehem. Bestand 1–2, 5/IGMA071035.

86 Köpper: Außenpolitik, S. 56f.; Die sozialen Interessen der Montanunion vergessen, in: METALL, 7. Jg., Nr. 25 vom 9. Februar 1955.

87 Haas: *Uniting Europe*, S. 370.

88 Ders.: S. 386.

89 Köpper: Außenpolitik, S. 157.

90 Bericht über die Sitzung des Exekutiv-Ausschusses des 21er-Ausschusses vom 1. Dezember 1953, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 2 Abteilungen des Vorstandes, Teilbestand Abteilung Wirtschaft, 5/IGMA100438; Protokoll über die Sitzung des Vorstandes der IG Metall vom 2./3. Dezember 1953, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 1 Beschlussfassende Organe und Gremien, Teilbestand Vorstandssitzungen, 5/IGMA020010.

91 Sträter an Brümmer vom 24. Februar 1953, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 2 Abteilungen des Vorstandes, Teilbestand Abteilungen/ehem. Bestand 1–2, 5/IGMA071023.

scheinbar aktive“ sei und sie im Gegensatz zu den Vertretern der Wirtschaftsvereinigung nicht über die nötigen Hintergrundinformationen verfügten.<sup>92</sup>

Die IG Metall forderte hier zunächst die Einrichtung eines „Schuman-Plan Büros“ bei der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl unter Einbeziehung eines den Gewerkschaften nahe stehenden Geschäftsführers, was die WvEuS ablehnte.<sup>93</sup> Gleichzeitig sprach man sich zusammen mit dem 21er Ausschuss für die Einrichtung eines paritätisch besetzten technischen Sekretariats bei der Hohen Behörde aus, welches für die Ausarbeitung des benötigten Informationsmaterials für die Arbeitnehmervertreter in den Konsultativausschüssen der Hohen Behörde sowie im Beratenden Ausschuss zuständig sein sollte.<sup>94</sup> Brümmer wandte sich diesbezüglich in einem Schreiben, welches exemplarisch für das Selbstverständnis der IG Metall auf europäischer Ebene steht, an Paul Finet:

„Ich bin der Auffassung, dass der Leiter des Sekretariats ein Deutscher sein soll, nicht nur weil die Bundesrepublik auf dem Gebiete von Kohle und Stahl den größten Beitrag zur Montanunion geleistet hat, sondern weil durch die deutschen Gewerkschaften mit ihren bisherigen Erfahrungen in Bezug auf das Mitbestimmungsrecht insbesondere in seinen wirtschaftlichen Teil, zweifellos am ehesten berufen sind, einen Kollegen für den Posten des Leiters des Sekretariats zu stellen. Dabei darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass die IGM mit 1,6 Millionen Mitgliedern die stärkste Gewerkschaft innerhalb der Montanunion ist.“<sup>95</sup>

Bei einer Besprechung mit einer intergewerkschaftlichen Delegation, an der auch Walter Freitag beteiligt war, erklärte Präsident Monnet, sich der Sache annehmen zu wollen. Letztlich entschloss er sich aber, das Sekretariat mit neutralen Personen zu besetzen, die bereits an der Hohen Behörde tätig waren.<sup>96</sup> Die Benachteiligung der Gewerkschaften gegenüber den Wirtschaftsverbänden, die im Falle der IG Metall vor allem gegenüber den Vertretern der Wirtschaftsvereinigung angeprangert wurde, blieb ein ständiges Konfliktthema. Walter Freitag schrieb im Jahre 1955 Präsident Mayer, dass er eine Mitarbeit unter solchen Umständen ablehne.<sup>97</sup> Erst als mit einer Änderung der Geschäftsordnung des Beratenden Ausschusses

92 Aktenvermerk von Hölkeskamp betr. Tätigkeit unserer Kollegen in den Sachverständigenausschüssen der Hohen Behörde, in: ebd. Berichtet hatten Bender, L'Habitant und Mehls.

93 Niederschrift über die Besprechung bei der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie in Düsseldorf vom 16. November 1953, in: ebd., 5/IGMA071028.

94 Vgl. dazu Haas: *Uniting Europe*, S. 366.

95 Brümmer an Finet betr. Technisches Sekretariat innerhalb der Hohen Behörde für die Arbeitnehmervertreter im Beratenden Ausschuss vom 23. November 1953, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 2 Abteilungen des Vorstandes, Teilbestand Abteilungen/ehem. Bestand 1–2, 5/IGMA071026.

96 Potthoff an Brümmer betr. Technisches Sekretariat vom 2. Dezember 1953, in: ebd., 5/IGMA071026.

97 Freitag an Mayr vom 11. November 1955, in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 2 Abteilungen des Vorstandes, Teilbestand Zweigbüro des Vorstands/ehem. Bestand 1–1, 5/IGMA280070b. Freitag schrieb: „Zu den verschiedensten Malen hatten die Gewerkschaftsvertreter ihre Stimme abzugeben, wenn es galt Höchstpreise festzusetzen oder Preisänderungen durchzuführen (...) ohne, dass ihnen die notwendigen Unterlagen zur Verfügung standen. Sie konnten deshalb nicht beurteilen, ob die Vorschläge der

die Einrichtung von paritätisch besetzten Spezialbüros für besondere Fragestellungen beschlossen wurde, kehrte hier Ruhe ein.<sup>98</sup>

Aus dieser Episode wird deutlich, welch hohen Stellenwert die IG Metall ihrer Organisation innerhalb der Arbeitnehmervertreter auf europäischer Ebene beimaß. Dabei galt ihre Aufmerksamkeit dort in erster Linie dem Gegensatz von Kapital und Arbeit. Das europapolitische Mandat überdeckte dabei keineswegs gruppenspezifische, national motivierte Interessen. Dass die IG Metall dennoch auch einen programmatischen Europäisierungsprozess durchlaufen hatte, zeigte sich spätestens im Vorfeld der Errichtung der EWG. Man sprach sich nicht nur für eine stärkere Integration aus, sondern verfügte auch über klare Vorstellungen über die Art und Weise der Vertiefung. Gefordert wurde ein soziales Europa wie es auch heute noch im Forderungskatalog der IG Metall an oberster Stelle steht:

„Eine solche enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Länder ist nur möglich, wenn wir bald zu einer einheitlichen Steuer-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik kommen, wenn wir die Teilintegration der Montanunion höchstensfalls als eine Übergangslösung, die beschleunigt einen breiteren Rahmen finden muss, ansehen.“<sup>99</sup>

### **Bilanz der Montanunion und Ausblick auf die europäische Integration**

Die Haltung von Gewerkschaften zur europäischen Integration hängt vielfach unmittelbar mit ihrer nationalen Interessenlage und dem politischen Umfeld zusammen.<sup>100</sup> Im Fall der IG Metall war dieses Umfeld vor allem für eine ambivalente Haltung in der Phase vor der Unterzeichnung des EGKS-Vertrags ausschlaggebend. Um die Gründe für diese Haltung allerdings eindeutig zu bestimmen, müsste größere Klarheit über die Position der IG Metall zur Europapolitik des DGB sowie zu jener der SPD in dieser Phase bestehen. Inwiefern trug die IG Metall den proeuropäischen Kurs des DGB und das Tauschgeschäft mit der Bundesregierung mit? Welchen Einfluss übte die SPD auf die Europapolitik der IG Metall aus? Diese Fragen sind gegenwärtig noch ungeklärt. Es bedürfte weiterer Untersuchungen, die in europäischer Perspektive die innenpolitischen Kräfteverhältnisse der BRD in den 1950er Jahren neu beleuchten.

Hier kann nur eine ablehnende Haltung der IG Metall bei der Arbeitsaufnahme der Montanunion konstatiert werden. Die ersten positiven Aussagen zur EGKS lassen sich erst nach der Besetzung europäischer Gremien durch IG Metall-Vertreter verzeichnen, nachdem durch diese sowie durch weitere der IG Metall nahestehende Persönlichkeiten, ein reger

Hohen Behörde richtig und notwendig waren, ja man hat sogar den Vertretern der Arbeitnehmerschaft diese erforderlichen Unterlagen verweigert. (...) Ich persönlich lehne es unter solchen Umständen ab, künftig an derartigen Entscheidungen mitzuwirken. Für die deutschen Gewerkschaften darf ich zumindest sagen, dass sie ihre Mitarbeit bei der Hohen Behörde in dem Sinne zugesagt haben, dass eine offene, faire Behandlung aller anstehenden Fragen durchgeführt wird.“

98 Änderungen der Geschäftsordnung des Beratenden Ausschusses von 1956, in: ebd., 5/IGMA280120.

99 Vgl. das Referat Deists, in: Protokoll des 3. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall, S. 185.

100 Haas: *Uniting Europe*, S. 214.

Informationsfluss von der europäischen Ebene zum nationalen Aktionszentrum etabliert worden war. Vor diesem Hintergrund ist abschließend zu bilanzieren, dass im Falle der IG Metall – bei der ursprünglich eine ablehnende Haltung zur EGKS vorherrschte – diese infolge der Beteiligung an den europäischen Strukturen in pragmatische Mitarbeit umschlug. Dabei übte vor allem die Repräsentation in den Gremien der Montanunion Einfluss auf die Programmatik der IG Metall aus, die infolge dessen begann, originär auf die europäische Ebene zugeschnittene europapolitische Vorstellungen zu artikulieren. Dies geschah jedoch nicht zugunsten einer Zurückstellung nationaler gruppenspezifischer Interessen – die Umsetzung ihrer nationalen Vorstellungen blieb stets eine Komponente des europapolitischen Forderungskatalogs.

Letztlich fand im Zuge der Montanunion eine nachholende Europäisierung statt, die die IG Metall zunächst personell, anschließend innerorganisatorisch und erst dann programmatisch vollzog. Dabei etablierten sich Wirkungskanäle und Handlungslogiken, die für die weitere Europapolitik ausschlaggebend waren. So zählte Heinrich Sträter zu den Gründungsmitgliedern des „Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“, welches von Jean Monnet, nach seiner Tätigkeit an der Hohen Behörde, zur Koordination des Europagedankens zwischen Verbänden, Parlamenten und Parteien ins Leben gerufen worden war.<sup>101</sup> Die Haltung zur EWG ergab sich unmittelbar aus den Erfahrungen mit der Montanunion: „Die Aufgabe der Zukunft besteht in der Beseitigung dieser Mängel und dem Einbau der Montanunion in eine weitgreifende wirtschaftliche Organisation Europas, die die Fehler der Vergangenheit vermeidet. Diese wirtschaftliche Organisation muss einer echten parlamentarischen Kontrolle bei Gleichberechtigung aller Beteiligten unterstellt sein.“<sup>102</sup> Als die deutschen Gewerkschaften allerdings an den Vertragsverhandlungen zur EWG in Val Duchesse nicht beteiligt wurden und der Wirtschafts- und Sozialausschuss erst nachträglich in die Verträge aufgenommen wurde, resümierte Otto Brenner: „Man kann zweifellos von dem Versuch einer bewussten Zurückdrängung der Gewerkschaften von der Gestaltung des europäischen Zusammenschlusses sprechen.“<sup>103</sup>

Letztlich muss hier konstatiert werden, dass die Haltung zur EGKS – obwohl sich die IG Metall längst als europapolitischer Akteur aufgestellt hatte – auch im Jahre 1957 immer noch ambivalent ausfiel. Zwar wurde der Montanunion angesichts des wirtschaftlichen Erfolgs der deutschen Eisen- und Stahlindustrie eine positive Bilanz ausgestellt, doch resümierte Otto Brenner:

„dass auf deutscher Seite es in der Hauptsache die Unternehmer waren, die einen Gewinn mit der EGKS gezogen haben. (...) Eine soziale Angleichung hat weder in dem Sinne stattgefunden, dass etwa die deutsche Montanindustrie nationalisiert wurde, wie die fran-

101 Köpper: Außenpolitik, S. 172; vgl. zum Aktionskomitee: Robert H. Lieshout: *The Struggle for the Organization of Europe. The Foundations for of the European Union*, Cheltenham (u. a.) 1999, S. 157 ff.

102 Vgl. Deist, in: Protokoll des 3. Ordentlichen Gewerkschaftstages, S. 185.

103 Interview mit Otto Brenner, Oktober 1957 (maschinenschr. Manuskript), in: AdsD, IG Metall-Archiv, Bestand 2 Abteilungen des Vorstandes, Teilbestand Abteilung Wirtschaft, 5/IGMA100337.

zösische, noch auch, dass die französische ihren Arbeitnehmern ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt hat, wie die deutsche.“<sup>104</sup>

So blieb für die IG Metall durchaus präsent, dass die Montanunion das Ende eines langwierigen Erkenntnisprozesses markierte, bei dem eingesehen werden musste, dass die ursprünglichen Neuordnungsvorstellungen in der Eisen- und Stahlindustrie gescheitert waren. Auch die zunehmende Europäisierung – die damit zunächst eine funktionelle bleiben musste – konnte hier keine Abhilfe schaffen.